

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Tschetschenische Gewalt

(spk) Oppositionelle Kräfte haben in der nordkaukasischen Tschetschenen-Republik am Dienstag nach einer Meldung der ITAR-TASS in der Hauptstadt Grosny die Gebäude von Fernsehen und Radio besetzt. ITAR-TASS meldete, die Besetzer hätten die Gebäude mit automatischen Waffen gestürmt. Angaben über Opfer wurden zunächst nicht bekannt. Unter Präsident Duadajew hat die Republik einseitig die Unabhängigkeit ausgerufen.

Diplomatische Schwierigkeiten

Ein angekündigter Besuch des kroatischen Aussenministers Separovic in Indien hat zu diplomatischen Verwicklungen geführt. «The Hindu» berichtete am Dienstag, die jugoslawische Botschaft habe im Auftrag der Belgrader Regierung dagegen protestiert, Separovic als offiziellen Gast zu empfangen. Dies werde von vielen Entwicklungsländern als Zeichen zum Beginn einer Anerkennungswelle für Kroatien missverstanden.

Grüne erben

Die Kandidatin der Grünen, die 38jährige Marie-Christine Blandin, ist in der Nacht auf den Dienstag zur Präsidentin der Region Nord-Pas-de-Calais gewählt worden. Es ist das erste Mal, dass die Grünen eine der 21 Regionen in Frankreich leiten. Blandin war nach zwölfstündigem Tauziehen im dritten Wahlgang mit Unterstützung der Sozialisten und Kommunisten gewählt worden.

Kurzarbeit hat weiter zugenommen

Bern (AP) Die Kurzarbeit in der Schweiz hat im Februar weiter zugenommen. Betroffen waren 42.555 Personen in 2.078 Betrieben. Insgesamt fielen 2,054 Millionen Arbeitsstunden aus, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) am Dienstag mitteilte. Im Februar 1991 waren es noch 392.213 Ausfallstunden in 394 Betrieben mit 7.486 Arbeitnehmern gewesen.

Die Zahl der von der Kurzarbeit Betroffenen nahm gegenüber Januar um 3.470 oder 8,9 Prozent zu. Der Ausfall an Arbeitsstunden vergrösserte sich um knapp 358.000 oder 21,1 Prozent; er blieb jedoch noch unter dem letzten Spitzenwert zu Beginn des Jahres 1983, als über 2,7 Millionen Arbeitsstunden ausgefallen waren. Die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe stieg innert Monatsfrist um 528 oder 34,1 Prozent. Ein Drittel dieser Zunahme (+178 Betriebe) war in der Baubranche zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist laut BIGA auf die stark verlangsamte Bautätigkeit in den Wintermonaten zurückzuführen und somit wenigstens teilweise eine saisonale Erscheinung.

Von der Kurzarbeit am stärksten betroffen waren, gemessen an den Ausfallstunden, die Kantone Zürich (335.067/+46.088), Bern (285.470/+132.643), St. Gallen (214.119/+38.550) und Genf (199.792/31.312). Allein auf diese vier Kantone entfiel mehr als die Hälfte der ausgefallenen Arbeitsstunden; besonders ausgeprägt war die Zunahme im Kanton Bern. In sieben Kantonen gingen die Ausfallstunden leicht zurück, und zwar in Uri, Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Graubünden, Aargau und Wallis.

Der von der Kurzarbeit am stärksten betroffene Wirtschaftszweig war der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Für 17.656 Arbeitnehmer in 430 Betrieben fielen 778.810 Arbeitsstunden aus, 105.918 mehr als im Monat zuvor. Danach folgten die Metallindustrie (374.985/+68.368), das Baugewerbe (303.303/+86.636), die Textilindustrie (135.059/+49.619) sowie die Holz- und Möbelindustrie (104.122/+15.703).

Realpolitik oder Zukunftssicherung?

Verabschiedete Kommissionsvorlage ist eine Kompromissvorlage

(G.M.) - Im Grundsatz war sich der Landtag schon längere Zeit einig, dass dem Schutz des landwirtschaftlichen Bodens eine grosse Bedeutung zukommt. Doch der Teufel steckt, wie so oft, im Detail. Die mit Mehrheit im Landtag verabschiedete Kommissionsvorlage ist demnach eine Kompromissvorlage geworden, die sich in den entscheidenden Fragen weder an der Regierungsvorlage noch an den Anträgen der Kommissionsminderheiten orientierte - «Realpolitik» nannten VU-Vertreter im Landtag dieses Vorgehen.

In der Eintretensdebatte zeigte sich nochmals, wie bereits bei der ersten Behandlung der Gesetzesvorlage, die Gegensätzlichkeit der Standpunkte. Einerseits lag ein Kommissionsantrag vor, der wesentliche Abstriche an der Regierungsvorlage machte, andererseits hatten die FBP-Vertreter Georg Schierscher und Heinz Ritter einen Minderheitsantrag in den Kommissionsbericht aufnehmen lassen, nachdem sie mit ihren Forderungen in der Kommission nicht durchgedrungen waren. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille mahnte nochmals eindringlich, dass die heute noch bestehenden Flächen erhalten werden sollten: Auch wenn eine Gemeinde eine grössere Landwirtschaftszone besitze, als die Gesetzesvorlage dies vorschreibe, dürfe diese Fläche nicht verkleinert werden.

Unbestritten im Landtag war der Artikel 2 der Vorlage, der festschreibt, dass die Gemeinden eine Landwirtschaftszone

auszuscheiden haben, die «mindestens 30 Prozent der Gesamtzonenengrösse» betragen müsse. Doch bereits beim Stichwort «Bodenbedarf» schieden sich die Ansichten. Aus «realpolitischen Gründen», wie VU-Abgeordnete immer wieder betonten, wählte die Kommission eine Formulierung, die wahrscheinlich in der Praxis kaum je zu einem Ergebnis führen wird. Die Regierungsvorlage hatte beantragt: «Die Gemeinden haben auch das über Artikel 2 hinausgehende ackerbaufähige Land, das ausserhalb der Bau- und Reservezone liegt, der Landwirtschaftszone zuzuordnen.» Die Kommission jedoch setzte eine Bestimmung durch, wonach die Gemeinden diese Zuordnung nur «nach Möglichkeit» machen.

Unterschiede ergaben sich auch bei der «Bestandessicherung», wobei sich im Grundsatz keine divergierenden Meinungen ergaben. Wörtlich heisst es im verabschiedeten Gesetz: «Das der Landwirtschaftszone zugeordnete Land ist der landwirtschaftlichen Nutzung zu erhalten und darf weder zweckentfremdet noch vermindert werden.» Doch bei den zulässigen «Abweichungen» spielte offensichtlich wieder die «Realpolitik» eine Rolle: Nach Kommissionsansicht sind Abweichungen zulässig, wenn die landwirtschaftliche Nutzfläche 55 Prozent der Gesamtzonenengrösse innerhalb einer ausgezeichneten Landwirtschaftszone umfasst.

Auf Seite 3 der heutigen Ausgabe finden Sie die Voten der beiden FBP-Abgeordneten Georg Schierscher und Heinz Ritter.



Dr. Josef Wolf, ständiger Vertreter Liechtensteins beim Europarat in Strassburg, hat als neuer Botschafter der Generalsekretärin des Europarates, Catherine Lalumière seinen Antrittsbesuch abgestattet. (Bild: Europarat)

Liechtenstein und Europarat

Botschafter Dr. Josef Wolf traf mit Generalsekretärin zusammen

(G.M.) - Der neue Botschafter Liechtensteins beim Europarat in Strassburg, Dr. Josef Wolf, hat seinen Posten - wie bereits kurz berichtet - angetreten. Zum Amtsantritt traf er dabei auch mit der Generalsekretärin des Europarates, Catherine Lalumière, zusammen. Die Europarat-Generalsekretärin konnte er bereits bei ihrem offiziellen Besuch in unserem Land im vergangenen Dezember kennenlernen.

Die Europarat-Generalsekretärin konnte er bereits bei ihrem offiziellen Besuch in unserem Land im vergangenen Dezember kennenlernen. Auf den Europarat sind mit der Öffnung im Osten neue Herausforderungen zugekommen. Inzwischen ist die Zahl der Europaratsmitglieder auf 23 angestiegen, weitere werden möglicherweise in den nächsten Jahren dazukommen. Auch Botschafter Dr. Josef Wolf, dessen Aufgabe darin besteht, unser Land beim Europarat in Strassburg zu vertreten, sieht die Bedeutung des Europarates aus dieser Perspektive, trotz der Integrationsbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet, in Zukunft wachsen.

Auf den Europarat sind mit der Öff-

Nicht-Metallbranche mit Konjunktur zufrieden

Ergebnisse des Konjunkturtests mit Stichtag 1. Januar 1992 - Gleichbleibendes Auftragsvolumen

(G.M.) - Die Nicht-Metallbranche in unserem Land wurde vom konjunkturellen Abschwung weitgehend verschont. Dies geht aus den Konjunkturtesten hervor, die vom Amt für Volkswirtschaft in regelmässigen Abständen erhoben und veröffentlicht werden. Dass diese Branche weitgehend unbeeinflusst von der konjunkturellen Abschwächung blieb, hängt nicht zuletzt mit der starken Spezialisierung und der sehr unterschiedlichen Ausrichtung dieser Branche zusammen.

Das Amt für Volkswirtschaft bezog in den Konjunkturtest insgesamt 23 Firmen ein, die 2380 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Die Angaben des Konjunkturtests beziehen sich in ihrer Gewichtung jeweils auf diese Mitarbeiterzahl.

Allgemeine Lage gut

Die allgemeine Lagebeurteilung durch die Nicht-Metallbranche zeigt in der Rückschau eine Entwicklung auf hohem Niveau. Zwar zeigt die Kurve der Lage-

beurteilung (siehe unten) ebenfalls eine kleine Abschwächung in der zweiten Hälfte des Jahres 1990, die bis zum Frühjahr 1991 andauert, doch anschliessend steigt die Kurve wieder nach oben. Die «gesunde Selbsteinschätzung in Nicht-Metall-Industrie und Nicht-Metall-Gewerbe», schreibt das Amt für Volkswirtschaft dazu, habe sich im 4. Quartal 1991 verstärkt, denn nahezu 90 Prozent der Unternehmen betrachten ihre allgemeine Lage in diesem Zeitraum als gut. Nur mässig abweichend davon sind die kurzfristigen Prognosen, womit auf eine weiterhin erfreuliche Lage dieser Branche geschlossen werden kann.

Anlagenauslastung gleichbleibend

Die Anlagenauslastung in der Nicht-Metall-Branche hatte, nach einer Abschwächung, im 4. Quartal 1991 wieder eine leicht steigende Phase zu verzeichnen. Allerdings glauben die Unternehmen, dass sich der Trend eher wieder im laufenden Quartal in den gleichbleibenden Bereich umstellen könnte. Nach der vom Amt für Volkswirtschaft erstellten

Graphik über die Anlagenauslastung war der Höhepunkt bei der Befragung am 1. Oktober 1990 zu verzeichnen, während seitdem etwas niedrigere Angaben dominieren.

Auftragseingang und Ertrag

Auch die Auftragseingänge zeigten im 4. Quartal 1991 eine erkennbare Zunahme. Über 90 Prozent der nach Beschäftigtenzahlen gewichteten Antworten berichteten von einem gleichbleibenden oder steigenden Volumen. Allerdings sind die Unternehmen der Nicht-Metallbranche für das laufende Quartal nicht mehr ganz so optimistisch, denn sie rechnen mit einem Rückgang auf eine gleichbleibende Entwicklung.

Unverändert blieb im letzten Quartal die allgemeine Ertragslage der 23 Unternehmen der Nicht-Metallbranche. Rund 90 Prozent der befragten Betriebe meldeten eine gleichbleibende Entwicklung, und auch die kurzfristigen Prognosen weisen auf einen Fortbestand dieser Lage hin.

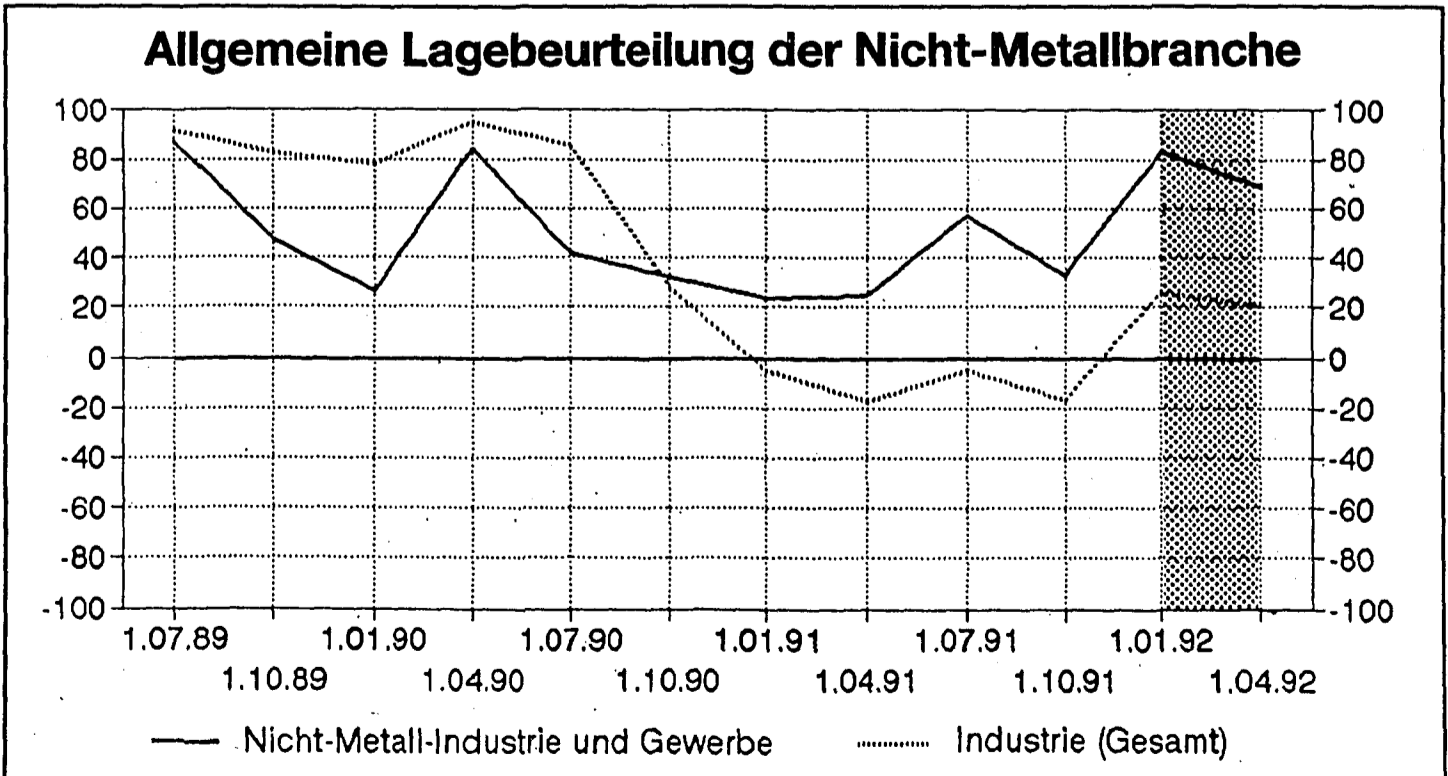
Militärgesetz im Herbst vor Bundesrat

Bern (AP) Das totalrevidierte Militärgesetz, das die Grundlage für die Armee 95 bildet, soll im Herbst dem Bundesrat vorgelegt werden. Das Parlament könnte im nächsten Jahr über die seit 1907 mehrmals teilrevidierte Wehrverfassung diskutieren, wie das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) nach einer Sitzung der Kommission für militärische Landesverteidigung (KML) am Dienstag mitteilte. Die KML beschloss zudem, das Abverdien der «Kadis» von 19 auf 12 Wochen zu senken.

Das Parlament kann sich im Rahmen der Revision des Militärorganisationsgesetzes zur Armee 95 äussern. Doch nicht nur die Änderungen im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Heeres, des Dienstbetriebs und der Dienstdauer sollen im neuen Bundesgesetz Platz finden.

EG-Agrarreform kommt nicht voran

Brüssel (spk/dpa) Die Reform der EG-Agrarreform lässt weiter auf sich warten. Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft haben sich in Brüssel während ihrer zweitägigen Ratssitzung einer Lösung für die von allen als dringend notwendig erachtete Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik kaum genähert. Beteiligte Diplomaten setzen jetzt auf die nächste Sitzung Ende April in Luxemburg: «Es wird wohl eines Kraftaktes bedürfen, um dann endlich die Eckdaten für eine Reform festzuzurren.»



Die gesunde Selbsteinschätzung in Nicht-Metall-Industrie und -Gewerbe hat sich im 4. Quartal 1991 verstärkt, nahezu 90 Prozent der Unternehmen (gewichtet nach der Beschäftigtenzahl) betrachteten ihre allgemeine Lage als gut. Nur mässig abweichend davon sind die kurzfristigen Prognosen.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell - frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.